

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

23 (15.1.1926) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1.50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.40 M. Durch die Post monatlich 2.60 M. zuzüglich 75 P. Zustellgeb. Einzelpreise: Samstag-Nummer 10 P., Sonntag-Nummer 15 P. — Im Fall höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-erhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur innerhalb bis zum 25. auf den Monatsbeginn angenommen werden. Anzeigenpreise: Die übliche Konvention 10 Zeilen, 10.000 Exemplare. Einzelzeilen 1.50 M. an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifierter Rabatte, bei der Nichtannahme des Preises, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konzessen außer Kraft tritt. Erklärungen und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreiteste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Freitag, den 15. Januar 1926

Eigentum und Verlag von H. Herold und H. Herold. Verantwortlich: Dr. Walter Gumbert. Redaktion: Dr. Walter Gumbert. Druck: H. Herold. Druckort: Karlsruhe. Druckzeitung: Badische Presse. Drucknummer: 4051-4052-4053-4054. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Markt 1. Postfach: Karlsruhe Nr. 855. Postbezeichnung: Karlsruhe Nr. 855. Bestellen: Post und Verlag. Adressen: Karlsruhe, Markt 1. Adressen: Karlsruhe, Markt 1. Adressen: Karlsruhe, Markt 1.

Der Kampf um die Ministerfessel.

Die Verhandlungen bei Luther.

Die Wünsche der Parteien. — Hoffnung auf Überwindung der Schwierigkeiten.
Berlin, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berliner Schriftstellers.) Die Verhandlungen um die Ministerfessel haben sich in den letzten Tagen in den Verhandlungen bei Luther in den Vormittagsstunden ihren Anfang genommen. Herr Luther holte zunächst noch einige Empfindungen nach, die am Mittwochabend wegen der vorgeschrittenen Stunde nicht mehr ausgeführt werden konnten. Am Donnerstagmorgen versammelten sich dann sämtliche Führer der für die Regierungsbildung in Frage kommenden Fraktionen bei ihm, um in den eigentlichen Verhandlungen der sachlichen und persönlichen Fragen einzutreten. Es ist zu begrüßen, daß der Reichskanzler es vorzog, an die Stelle von Einzelgesprächen gemeinschaftliche Beratungen zu setzen, weil einmal dadurch ein unnötiges Hin und Her und zum anderen die Vergewandtheit kostbarer Zeit vermieden wird. So war es ihm wesentlich leichter, zwischen die Wünsche und Forderungen der Parteien seine Vermittlungsvorschläge einzuschleusen. Trotz der Vereinfachung des ganzen Verfahrens stellte sich aber doch sehr bald heraus, daß die Wünsche einzelner Fraktionen ziemlich weitgehend waren und dabei auf den heftigsten Widerstand der übrigen Gruppen stießen. Ein besonderes Kampfbild war das Innenministerium. Herr Luther war im Prinzip damit einverstanden. Das Zentrum dagegen erhob sofort energischen Widerspruch und gab eine eingehende Begründung seiner ablehnenden Haltung. Es befürchtet vor allem, daß ein demokratisches Innenministerium dem Zentrum auf dem Gebiet der Schulpolitik nicht weit genug entgegenkommen wird. Anscheinend hat es große Lust, selbst die Verwaltung dieses Ministeriums zu übernehmen. Als feststehend wird angesehen, daß Herr Marx die Ressorts der Justiz und der bekehrten Gebiete übernimmt, noch scheinen bei einzelnen Parteien auch hier noch einige Bedenken vorzuherrschen, die allerdings nicht unüberwindlich sind. Das Zentrum will im ganzen drei Ministerien mit Angehörigen seiner Partei besetzt wissen. Es hat vor allem auch ein Auge auf das Wirtschaftsministerium geworfen, für das der Abgeordnete Lammer, betanntlich Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in Vorschlag gebracht worden ist. Dabei wurde gleichzeitig die Frage der Zusammenlegung dieses Ministeriums mit dem Verkehrsministerium erörtert. Die Demokraten verlangen ebenfalls drei Sitze, darunter, wie schon erwähnt, den des Innenministers. Ebenso wünscht die Deutsche Volkspartei, durch drei Fraktionsmitglieder im neuen Kabinett vertreten zu sein. Von den bisherigen Ministern haben sich Herr Dr. Stresemann, Dr. Brauns und Stöcker bereit erklärt, ihre Ämter weiter zu verwalten. Ein Streitobjekt ist Dr. Gehler, der noch immer nicht dazu zu bewegen ist, weiterhin auf dem Posten des Reichswehrministers zu verbleiben. Nicht uninteressant ist, daß die Demokraten es ablehnen, Herrn Gehler als Parteiminister gelten zu lassen. Bleibt Gehler, dann könnte es sein, daß die Demokraten trotz

ihrer zahlenmäßigen Schwäche im Reichstag es sogar auf vier Sitze bringen.
Der Kampf um die Ministerfessel hatte sich in den Nachmittagsstunden so zugespielt, daß es Herr Dr. Luther vorzog, zur Abklärung der erregten Gemüter die Sitzung abzubrechen und auf Freitag mittag zu verlegen. Inzwischen begab er sich zum Reichspräsidenten und hielt ihm einen kurzen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Regierungsbildung. Wesentlich weiter gekommen ist er auch am Donnerstag nicht. Vorwürfe können ihm aber nicht gemacht werden, da er sich redlich bemüht hat, den Wünschen aller Parteien, soweit es nur geht, Rechnung zu tragen. In späterer Abendstunde hatte Luther dann noch eine Unterredung mit dem Abgeordneten Leisch von der Bayerischen Volkspartei, den er hat, ihm bei der Vermittlungssaktion zwischen den einzelnen Parteien zur Herbeiführung eines Ausgleichs beistimmen zu sein. Die Auseinandersetzungen gehen also am Freitag weiter. Es ist anzunehmen, daß sich die Fraktionen in der ganzen Lage einmal in aller Ruhe überlegen, sobald es vielleicht am Freitag möglich wird, die Verhandlungen zu Ende zu bringen.

Fraktionsführungen fanden bei den verschiedenen Parteien statt. Sie waren aber, abgesehen von der des Zentrums, nur von kurzer Dauer. Der Sitzung der Deutschen Volkspartei folgte eine Sitzung des Fraktionsvorstandes, die sich lediglich mit der Regierungskrise beschäftigte. Im Zentrum dagegen ging es heißer her. Die Sitzung zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Wie verlautet, soll es zu schweren Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion gekommen sein. Besonders schwierig soll sich Herr Birth gezeigt haben, der den Versuch unternommen haben soll, den linken Flügel zu sich herüber zu ziehen. Im Laufe der Zentrumsberatungen mußten sich die Meinungsverschiedenheiten schließlich so stark zuspitzen, daß Herr Lehmann es vorzog, das Beratungszimmer zu verlassen. Es steht jedenfalls fest, daß er schwer verärgert die Sitzung verließ und nicht wieder zurückkehrte. Allgemein tauchte im Laufe des Abends die Vermutung auf, daß sich die Regierungsverhandlungen einem kritischen Punkt genähert haben und daß Herr Dr. Luther es wohl spätestens am Freitag wird vorziehen müssen, seinen Auftrag zurückzugeben. So pessimistisch können die Dinge nicht beurteilt werden. Mit Schwierigkeiten war von vornherein zu rechnen. Ihre Beseitigung wird dem Kanzler auch morgen noch mancherlei Kopfzerbrechen machen. Quartierbetreibern, namentlich aus dem Zentrum, sind jedoch nicht zu erwarten, da bei den heutigen Verhandlungen auch von Herrn Lehmann noch einmal der ausdrückliche Wunsch unterstrichen wurde, es möge Herrn Dr. Luther gelingen, nun rasch sein Kabinett zu Stande zu bringen.

Die Haltung der Wirtschaftspartei.

Berlin, 14. Jan. (Drahtbericht.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat heute Abend in einer Sitzung zur Regierungsbildung Stellung. Ihre Haltung zu der Betragung Luthers mit der Kabinettsbildung brachte sie in folgender Weise zum Ausdruck: „Durchdrungen von der Notwendigkeit, möglichst bald wieder eine verantwortliche Regierung zu haben, widerspricht die Wirtschaftspartei der Bildung des Kabinetts Luther nicht. Sie ist aber nicht in der Lage, sich an diesem Kabinett zu beteiligen und wird ihm gegenüber in sachlicher, aber nicht grundsätzlicher Opposition stehen.“

Französische Sorgen.

Doumer's Niederlage vollständig.

Sein ganzes Finanzprogramm von der Finanzkommission abgelehnt.
Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Finanzkommission der Kammer lehnte den letzten Teil der Doumer'schen Finanzvorlage, der sich auf Einhebung einer Zahlungstaxe bezieht, mit 21 gegen 5 Stimmen bei 13 Stimmenthaltung ab. Damit ist das ganze Gesetz von der Finanzkommission mit erbitternder Mehrheit abgelehnt. In der Kammerführung erklärte aber Doumer heute, daß er sofort nach Beendigung der Aussprache über seine Finanzvorlage in der Kommission den Antrag stellen werde, daß die Kammer darüber selbst eine Aussprache halten werde. Man nimmt an, daß die Finanzkommission bis längstens Dienstag ihren negativen Bericht erstattet haben wird, der besagen wird, daß sie die Finanzvorlage ablehnt, und die Kammer schon am Dienstag die Sache in Erörterung ziehen wird. Was dann geschehen wird, ist schwer vorzusagen.

Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Nachdem die Finanzkommission der Kammer die Zahlungstaxe Doumer's abgelehnt hatte, lehnte sie mit 19 gegen 13 Stimmen bei 5 Stimmenthaltung den Antrag Banaonoff's ab, der die Einführung indirekter Verbrauchssteuern zur Deckung des Defizits beantragte. Dann nahm die Finanzkommission einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Leon Blum an, nach dem das Gleichgewicht im Budget durch eine vollkommene Steuerreform und Abänderung der bestehenden Formeln für die Steuereintreibung gesichert werden soll. Im Namen der Abgeordneten der Opposition gab der Abgeordnete Daric die Erklärung ab, daß sich die oppositionellen Abgeordneten aus der Kommission zurückziehen und es der Mehrheit überlassen, die Steuerreform durchzuführen. Der Finanzminister forderte die Abgeordneten der Mehrheit auf, selbst ein Steuerprojekt auszuarbeiten, das sobald wie möglich der Kammer vorgelegt werden soll. Dieser Antrag wurde von den Mitgliedern der Mehrheit mit Freuden angenommen und der Generalberichterstatter Lamontoux beauftragt, ein Finanzprojekt auszuarbeiten, das sich den finanziellen

Grundsätzen der Linksparteien vollkommen anschließen soll. Lamontoux versprach, daß er bis morgen 5 Uhr nachmittags den Bericht vorlegen werde. Die Kammer wird am Samstag nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um über diesen Bericht zu beraten. In Kreisen der Regierung ist man überzeugt, daß dieses Projekt der Linksparteien mit einer Mehrheit von etwa zwanzig Stimmen abgelehnt werden wird und daß dann die Bahn für die Finanzpolitik Doumer's frei werden könnte.

Herriots Eröffnungsrede.

Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In der heutigen Kammerführung hielt der neugewählte Präsident Herriot seine Eröffnungsansprache. Er benutzte die Gelegenheit, um das in den Monat März fallende fünfzigjährige Jubiläum des Bestehens der französischen Kammer einzugehen zu feiern und um auf die Verdienste hinzuweisen, die sich die Kammer um die dritte Republik erworben habe. Besonders hob er hervor, daß es Frankreich in dieser schweren Zeit gelungen sei, ein ganzes Netz von Freundschaften zu schließen, die es ermöglicht hätten, an dem Tage, da die Zivilisation bedroht gewesen sei (1), diese zu beschützen. Dann feierte Herriot Locarno. Die Schiedsgerichte, die die Republikaner bereits 1876 erhofft hatten, werden nun eine diplomatische Wirklichkeit. Frankreich habe das Wort, das es der Welt gegeben habe. Es lade die großen und kleinen Völker zum Frieden ein. Hierauf sprach Herriot über die Finanzlage. Die Schwierigkeiten dieses Problems dürften nicht verkannt werden. Alle Bürger müßten dem Staate, der sie gerettet habe, ihre Mittel zur Verfügung stellen. Es gebe Zeiten, in denen die Steuern eine Art Lebensversicherung seien. Man könne Vertrauen haben, daß die Republik die Probleme, die der Krieg gestellt habe, ebenso lösen werde, wie sie die Probleme nach dem Kriege von 1870 gelöst habe. Herriot schloß mit einer Aufforderung zur nationalen Einigkeit.

Paris, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der Gesundheitszustand des Kardinals Mercier verschlechterte sich heute beträchtlich.

Solingen geräumt.

Solingen, 14. Januar. (Drahtbericht.) Die englischen Besatzungstruppen sind heute morgen kurz nach 11 Uhr mit der Bahn über Ohligs nach Köln abtransportiert worden. Die Gemillenenangehörigen folgten mit einem späteren Zuge. Der Rest der Besatzung rückt heute Abend ab.

Die Finanzlage der deutschen Reichsbahn.

Berlin, 14. Jan. (Drahtbericht.) Das erste Geschäftsjahr der Deutschen Reichsbahngesellschaft, das die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925, also 15 Monate, umfaßt, gestattet einen zusammenfassenden Überblick über die finanzielle Lage der Gesellschaft und einen Ausblick in das Geschäftsjahr 1926. Auf das erste Geschäftsjahr entfielen die Lasten des ersten Reparationsjahres mit 200 Millionen Reichsmark und die der ersten vier Monate des zweiten Reparationsjahres mit gleichfalls 200 Millionen Reichsmark, so daß die Reparationsbelastung der Reichsbahn im ersten Geschäftsjahr 400 Millionen, einschließlich der ausgleichenden Rücklage zur Sicherung des Dienstes der Schuldverschreibungen 512 Millionen Reichsmark betrug. Im Jahre 1926 beträgt die eigentliche Reparationszahlung der Reichsbahn 580 Millionen. Sie steigt also im Jahre 1926 (Januar-Dezember) um 200 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahre. Dazu tritt wieder die Ausgleichsrücklage mit rund 90 Millionen, ferner die Vorzugsdividende für die dem Reich zustehenden Vorzugsaktien, die in diesem Jahre nur für ein halbes Jahr fällig wird, mit 17,5 Millionen, so daß die gesamte Reparationsbelastung im Jahre 1926 rund 690 Millionen Reichsmark beträgt. Bei der finanziellen Belastungsfähigkeit der Reichsbahn ist zu berücksichtigen, daß die sonstigen Belastungen der Gesellschaft an persönlichen und sachlichen Ausgaben im Jahre 1925 erheblich gestiegen sind. Die Lohnerhöhungen im März und September, sowie die im Dezember vom Reichstag beschlossene einmalige Lohnzuwendung an die Beamten und eine Reihe anderer Erhöhungen der persönlichen Ausgaben ergeben nach der Reichsbahnstatistik eine Jahresmehrbelastung von rund 280 Millionen Reichsmark. Die zu statistischen Zwecken errechnete Kopfkaufkraft beträgt Ende des Geschäftsjahres 1924 für Beamte und Arbeiter 131, Ende des Geschäftsjahres 1925 für 159 Millionen Reichsmark. Die Pensionslast allein betrug im Kalenderjahr 1925 114 Millionen Reichsmark, d. h. 16,24 Prozent, im Jahre 1919 aber nur 114 Millionen, d. h. 8,44 Prozent der persönlichen Ausgaben. Die Hoffnungen auf eine weitere günstigere Entwicklung sind zurzeit gering und die Frage der Deckung für alle Lasten der Gesellschaft werden nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen. Diese werden um so größer, wenn sich etwa noch eine weitere Steigerung der persönlichen oder sachlichen Ausgaben ergeben sollte.

Das Wiener Kabinett zurückgetreten.

Wien, 14. Jan. (Drahtbericht.) Das österreichische Kabinett ist heute nach einem Ministerrat zurückgetreten. Der Bundeskanzler erklärte, daß die Regierung ihre Aufgabe, das Genfer Programm durchzuführen, beendet habe.

Verhailung des Grafen Andrássy.

Prag, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Mehrere tschechische Abendblätter melden, in Homonna in den Karpaten sei Graf Emrich Andrássy verhaftet und in das Strafgericht von Rajchau eingeliefert worden. Der Anzeiger seines Stellvertreters zufolge soll er im Jahre 1924 seinem Diener Michael Gazdan den Befehl gegeben haben, das Gut Besjele, auf dem tschechisches Militär einquartiert war, anzuzünden, um auf diese Weise die unbehagliche Garnison los zu werden. Der Brand sei auch tatsächlich gelegt und mit großer Mühe gelöscht worden. Die Versicherungsgesellschaft habe den Schaden bezahlt. Der Verhaftete ist der Sohn des verstorbenen ungarischen Magnaten und ungarischen Reichstagsabgeordneten Dr. Alexandra Andrássy und der Gräfin Marie Esterhazy.

Italien.

Verstärkung der Locarno-Debatte.
Wien, 14. Januar. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Entgegen den ersten Meldungen beginnt die Locarno-Debatte erst am Mittwoch, sobald Mussolini seine Programmrede kaum vor Donnerstag halten wird. Am Samstag hält die Kammer nur eine Gedächtnisfeier für die Königin-Witwe ab.

Bergeblicher Pumpversuch

Griechenlands bei Amerika.
(Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.)
J.N.S. Washington, 14. Jan. Die griechischen Unterhändler für die Forderung der Kriegsschulden Griechenlands an die Vereinigten Staaten haben in den Verhandlungen mit amerikanischen Vertretern einen Vorschlag gemacht, der dahin geht, daß die Vereinigten Staaten Griechenland eine Anleihe von 40 Millionen Dollar gewähren sollen. Daraus würde dann Griechenland 15 Millionen Kriegsschulden zurückzahlen. In Regierungskreisen hält man diesen Vorschlag für unannehmbar.

Unruhen in Spanien.

Zusammenstoß wegen eines Regierungserlasses.
Madrid, 14. Jan. (Drahtbericht.) In Caude in Castilien kam es wegen eines Regierungserlasses über den Straßenverkehr zwischen der Zivilgarde und der Gendarmerie zu einem blutigen Zusammenstoß. Dabei wurden 12 Angehörige der Zivilgarde und 3 Einwohner getötet. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Ein Kriegsgericht verurteilte 8 Personen zum Tode. Das Urteil soll morgen vollstreckt werden.

Deutscher Reichstag.

(142. Sitzung.)

II. Berlin, 14. Januar. (Drahtbericht.) Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Die Reichswirtschaftsratsordnung wird dem Beamtenauschuss überwiesen. Danach wird die erste Lesung der Vorlage über das Knappheitsgesetz...

Abg. Mumm (Deutschnat.) rühmt das Knappheitsgesetz, das auf gutem, christlichen Geist aufgebaut sei. Die Bevölkerung an der Ruhr und im Siegerland verfolge mit Spannung das Schicksal dieses Gesetzes, das tief in das Leben des Einzelnen einschneide. Ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes sei am Bergbau beteiligt. In den Knappheitsvereinen seien nicht weniger als 800 000 Personen vereinigt. Es müsse ein Gesetz geschaffen werden, das den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer und der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber Rechnung trage.

Abg. Dr. Moldenhauer (Dt. Volksp.) hält daran fest, daß für die Bergarbeiter eine besondere Versicherung bestehen bleibt, die über die allgemeine Versicherung hinausgeht und zwar wegen der besonderen Gefahren im Bergbau. Die Allgemeinheit habe ein Interesse daran, daß ein gut ausgebildeter Bergarbeiterstand vorhanden ist. Man dürfe nicht Einrichtungen herkören, die seit Jahrhunderten bestehen und sich bewährt haben. Die schon jetzt schwere Belastung des Bergbauers dürfe nicht untragbar gemacht werden. Von einer Rückwärtsentwicklung des deutschen Bergbauers könne man nicht sprechen. Die Einstellung moderner Maschinen habe immer mehr zugenommen. Man müsse zu sparen versuchen, ohne kleinlich zu verfahren.

Abg. Schwan (Komm.) behauptet, die Lage der Bergarbeiter sei von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Mit verminderten Arbeitskräften müsse man durch das Anpreisen der Produktion zu steigern. Die Folge sei die Zunahme der Unfallsfälle. Der Ruhrkrieg habe im letzten Jahre 217 Tote gekostet. Die Sterblichkeitsziffer sei ungeheuer gestiegen.

Abg. Schneider-Berlin (Demokr.) erklärt u. a. die Vorlage bringe Verbesserungen. Unnötige Belastungen der Versicherung und der Bergarbeiter müsse vermieden werden.

Abg. Stöhr warnt vor einer Verküpfung der Rechte der Bergarbeiter.

Arbeitsminister Dr. Brauns bestreitet, daß an dem Nichtzustandekommen der Familienrentenpflege das Arbeitsministerium Schuld sei. Die Vorlage wird darauf dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Haus vertagte sich auf Freitag nachmittag 2 Uhr: Anträge aller Parteien über die Hochwasserschäden. Erwerbstätigenfürsorge.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Im Auswärtigen Ausschuss.

II. Berlin, 14. Jan. (Drahtbericht.) Der Auswärtige Ausschuss erörterte, wie bereits gestern gemeldet, heute zunächst den Fall Strauß-Sauer. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Abg. Hergt (D.Nat.) berichtete Abg. Freiherr von Rheinbaben (D.Nat.) über den Fall. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab hierzu eine ausführliche Darstellung. Er betonte, daß das Auswärtige Amt es als seine Pflicht betrachte, unter allen Umständen das Leben des Forschers zu sichern.

Zur Sache sprachen dann noch die Abgg. Hoeft (D.Nat.), von Rheinbaben (D.Nat.), Müller-Frank (Soz.) und Stöhr (Komm.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ueber die Auswirkungen des Vertrages von Locarno sprachen in der Diskussion die Abgeordneten Hergt (D.Nat.), Wallraf (D.Nat.), Dr. Raas (Frp.), sowie der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der Generalminister für die besetzten Gebiete und ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums. Die Aussprache soll am Freitag fortgesetzt werden.

Gesetz zur Unterfuchung der deutschen Wirtschaftsrundlagen.

II. Berlin, 14. Jan. (Drahtbericht.) Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, ist soeben dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat der Entwurf eines Gesetzes über einen Ausschuss zur Unterfuchung der Erzeugung und Abgabebedingungen der deutschen Wirtschaft zur Legitimation zugegangen. Es besteht die Absicht, den Gesetzentwurf dem Reichstag sofort vorzulegen. Der in dem vom Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium und Reichsernährungsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgesehene Ausschuss soll bestehen aus 24-30 Mitgliedern, die von der Reichsregierung berufen werden. Davon werden acht Mitglieder berufen auf Vorschlag des Vorstandes des Reichswirtschaftsrates und acht nach freiem Ermessen der Reichsregierung. Der Ausschuss ist berechtigt, auf eigenen Beschluß sechs weitere Mitglieder hinzuzufügen.

Arnold Böcklin.

Zur 23. Wiederkehr seines Todestages am 16. Januar.

Von

A. Rieper-München.

In der Zeit, da die Welt am aller tiefsten im Abgrund des Materialismus verankert, da die Kunst zu bloßer Naturnachahmung wurde, da ging am Himmel Mitteluropas ein leuchtendes Gestirn auf, wie ein Bote aus einer ferneren Welt: Arnold Böcklin.

Nicht, als ob er etwa nicht die Natur studiert hätte. Herausgewachsen aus der deutschen Romantik, hat er in seiner Jugend die Zeit mitgemacht, wo man Terrains- und Baumstudien zeichnete, mit größter Liebe auf jede Einzelheit eingehend, und gerade er gehörte zu denen, die Naturstudien am allergründlichsten trieben. Dazu mit einer außerordentlichen Konzentrationstracht und einem phänomenalen Gedächtnis ausgestattet (was er sich einmal richtig angeschaut hatte, das konnte er jederzeit aus dem Gedächtnis wiedergeben), gelangte er zu einer Beherrschung der Natur, die weitab Lieb von dem bloßen Registrierten der Erscheinungen, dem philiströsen Darstellen des Alltagslebens, die hinausging auch über alles, was andere an liebevoller Hingabe an den Stimmungsgehalt leisteten, hinausging über Verdensang und Nachtigallenschlag, die der Natur ihre Geheimnisse ablauschte, eindring ins tiefste Innere der Natur. Seit Rembrandt hat wohl keiner so sehr den Schleier der Erscheinungswelt gelüftet wie Böcklin. Aber während Rembrandt, in eine Zeit höchster Kunstkritik gestellt, aus bemühtem Schauen, aus Intuition schuf, kommt es bei ihm in eine „go tuersassene“ Zeit gestellten Böcklin aus dem Unterbewußten heraus als freies Spiel künstlerischer Phantasie.

Von wenigen nur erkannt, war er ja für die Menschen seiner Zeit meist nur ein Phantast, der mit unmöglichen Farben malte; erst als er mit etwa fünfzig Jahren berühmt wurde, wurde es Mode, für ihn zu schwärmen, und man verzicht ihm jede Extravaganz und das oft mangelnde Modell. Der Kritiker eines Berliner Blattes schrieb einmal über das „Spiel der Wellen“, ein solches Maler, blau wie Tinte, gäbe es gar nicht, die darin herum schwimmenden Wesen machten Bewegungen, wie Menschen gar nicht schwimmen könnten, er (der Kritiker) müsse das beurteilen können; denn er sei viele Jahre Lehrer an der Spandauer Militärschwimm-anstalt gewesen. — So wurde oft über Böcklin geurteilt. Einer aber, der ihn wirklich verstand, Stauffer-Bern, sagte einmal: „Viele haben in Italien Landschaften gemalt, Böcklin allein malt — italienische Landschaft.“ Und: „All die Marinemaler machen meist doch nur Seffensbaum, Böcklin aber malt — das Meer.“

Wie er im Porträt vor allem das Geistig-Seelische der Individualität ergriff, so ist ihm alle Natur Physiognomie eines Geistes. In seinen religiösen Bildern, die so gar nicht an traditionelle Frömmigkeit erinnern (obwohl er die altständliche und die früh-Holländische Kunst über alles liebte), liegt oft etwas wie antikes Mythenwesen. Unbewußtes Grenzrituum spielt aus seinen

Die Hilfe für die Ueberflchwemmen.

II. Berlin, 14. Jan. (Drahtber.) Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einer größeren Reihe von Anträgen zur Abhilfe der durch die Hochwasserkatastrophe entstandenen Schäden. Bewilligt sind bereits worden: für die Rheinprovinz 1,6 Millionen Mark von Preußen, 100 000 Mark vom Reichspräsidenten; zwei Millionen Mark sind noch bereit gestellt. Für Hessen-Kassau wurden insgesamt gegeben 225 000 Mark, für Westfalen 30 000 Mark, für Sachsen und das Saargebiet 50 000 Mark. Ebenso aus dem Fond des Reichspräsidenten größere Mittel.

In der Aussprache betonte der Vertreter des Landwirtschafts-Ministeriums, daß eine Abenteuertat nur durch Erhöhung der Deiche verhindert werden könne, die auch in diesem Jahre gehalten hätten. Es wurde ein Antrag angenommen, nach dem zunächst bald der Umfang des Schadens im Einzelnen festgestellt und dem Landtage eine Vorlage zur Entschädigung der Geschädigten vorgelegt werden soll. Bei der Feststellung der Schäden sollen Ausschüsse aus allen Bevölkerungsklassen und Parteien mitwirken.

Die Fürstenabfindung.

II. Berlin, 14. Jan. (Drahtber.) Der Rechtsausschuss des Reichstages setzte heute die Beratung der Anträge zur Fürstenabfindung fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte der kommunistische Abg. Reubauer zu der in der letzten Sitzung gemachten Mitteilung über die angeblich vom Coburger Herzog verursachten ausländischen Beleidigungen der ihm vom Reichsgericht zugewiesenen Ländereien, was in dieser Sache geschehen sei. Reichskommissar Künze erklärte, die Reichsregierung habe die Landesregierung benachrichtigt, daß das Reich selbst nicht eingreifen könne. Die Mehrheit des Ausschusses sprach den Wunsch aus, daß die Reichsregierung klärenden müge, welche Schritte die Landesregierung tun sollen, um eine Verdrückung der Ländereien zu verhindern.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann zunächst mit den Verhältnissen in Anhalt.

Dem anhaltischen Herzogshaus sind bei der Auseinandersetzung 1919 17 658 Hektar Grundbesitz überlassen worden und dazu eine Geldabfindung von 6 1/2 Millionen Mark. Eine Anfechtung dieser Vereinbarung ist bisher nicht erfolgt. Es steht nur eine Aufwertungsklage des Herzoglichen Hauses gegen den Staat wegen der Aufwertung der zehn Millionen Mark, die der Staat in die Verpfändungskauf der ehemalsigen anhaltischen Hofbeamten gezahlt hatte. In erster Instanz ist dieser Prozeß zu Gunsten des anhaltischen Staates entschieden worden.

Der anhaltische Staatsminister Dr. Müller erklärte, das Rahmengesetz sei im anhaltischen Landtag einstimmig angenommen worden. Die anhaltische Staatsregierung betrachte wie die sächsische Regierung die Auseinandersetzung für vollkommen abgeschlossen. Im übrigen würde sie einer reichsgesetzlichen Regelung nicht widersprechen.

Der braunschweigische Gesandte schloß sich für seine Regierung der von Sachsen im Ausschuss abgegebenen Erklärung an. Die im Jahre 1921 getroffene Abfindungsvereinbarung in

Waldeck

ist nicht angefochten worden.

Zu Mecklenburg-Schwern

Ist die Auseinandersetzung durch ein am 17. Dezember 1919 vom Landtag genehmigten Abfindungsvertrag erfolgt. Dem Großherzog wurde neben Schlössern und Grundbesitz eine einmalige Abfindung von sechs Millionen bewilligt. Ein Jahresentkommen, das im Zeitpunkt der Abfindung 725 000 Mark betrug, wird bis zum Betrag von 150 000 Mark vom Staate garantiert, falls er durch Reichssteuern darunter sinken sollte. Verschiedenen Mitgliedern der Großherzoglichen Familie sind außerdem Jahresrenten ausgesetzt worden. Der Großherzog hat ferner nach einer Vertragsbestimmung für die Uebernahme der in den Schlössern befindlichen Kunstgegenstände 3 1/2 Millionen Mark Entschädigung und später die Aufwertung dieser Summe verlangt. Ein Schiedsgericht hat die Aufwertung auf 50 Prozent des Nennwertes verfügt.

Der Rechtsausschuss behandelte weiter die Verhältnisse in

Odenburg.

Dort hat der früher regierende Großherzog nur seine Schlösser erhalten. Zur weiteren Aufwertungsleistung werden der odenburgische und auch der mecklenburgische Vertreter geladen.

Der von der

mürttembergischen Regierung

eingesandte Abfindungsvertrag wurde entgegengenommen. In ihrem Begleit Schreiben sagt die mürttembergische Regierung, sie überreiche den Vertrag, abgesehen zur Zeit die Zuständigkeit des Reiches in dieser Frage nicht vorhanden sei. Die mürttembergischen und sächsischen Vertreter sollen zur nächsten Sitzung geladen werden. Diese findet am nächsten Dienstag statt.

Der Münchner Rotgardisten-Prozeß.

Dr. München, 14. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das heutige Nachmittagsverhör im Münchner Rotgardistenprozeß brachte einen Höhepunkt in dem Verhör der beiden Verlächer Geistlichen. Dem protestantischen Pfarrer Hell wird vorgeworfen, er habe dem Freikorps Lüchow jene Leute als Spionisten bezeichnet, die am 4. Mai verhaftet wurden und von denen dann am 5. Mai zwölf erschossen wurden. Pfarrer Hell schilderte ausführlich die Zustände in Verlach während der Rätezeit. Verschiedentlich seien in Verlach Häuser ausgeplündert worden. Die Heise gegen ihn sei besonders dadurch gesteigert worden, daß er beim Tode Eisners verhindert habe, daß die Gloden geläutert worden seien. In den letzten Tagen vor dem Einrücken der Regierungstruppen seien Leute mit roten Binden und Gewehren durch Verlach gezogen. Am 1. Mai seien dann einige Granaten nach Verlach hineingeschossen worden. Im übrigen habe sich der Einzug der Reichswehr in Verlach selbst ohne Kämpfe abgepielt. Der Weisemord in München habe das Abziehen der Reichswehr beschleunigt und danach habe sich niemand mehr sicher gefühlt. Bei Moosach habe man einen jungen Offizier, der sich beim Heranrücken der Truppen angeschlossen habe, meuchlings ermordet. Gegen ihn selbst seien verschiedentlich Drohungen ausgesprochen worden und bei seinem Nachbarn habe man einen Jettel am Fenster gefunden, auf dem die Ermordung des Pfarrers angekündigt worden sei. Am 4. Mai habe dann die Frau des Pfarrers Hell das Freikorps Lüchow antelephoniert und darum gebeten, daß Einquartierung nach Verlach zum Schutze der Bürger gelegt werde. Pfarrer Hell bestritt heute auf das Entschiedenste, daß er dem Kommando, das dann nach Verlach kam, Leute namhaft gemacht habe.

Auch Leutnant Bötzing bestritt, daß er bereits in München von seiner Abteilung eine Liste mit den Leuten erhalten habe, die er verhaften sollte.

Es wird dann vom Vorsitzenden ein Drohbrieff gegen Pfarrer Hell vorgelesen, worin dieser als der Mörder der zwölf Arbeiter bezeichnet und ihm mit dem Tode gedroht wird.

Der katholische Geistliche hat mit der Angelegenheit nur insoweit etwas zu tun, als er zugehen war, wie Frau Hell sich entschloß, das Freikorps Lüchow zu Hilfe zu rufen. Auch er betonte, daß keine Leute namhaft gemacht worden seien. Es kamen hierauf am Nachmittage noch die beiden Bürgermeister von Verlach zum Verhör. Der zweite Bürgermeister war selbst Mitglied der M.S.D. Er behauptete, die Verhaftungen des Freiwillegentorps Lüchow seien nur dadurch zu erklären, daß Verlach Bürger die Betreffenden als Spionisten bezeichnet hätten, die gegen die Reichswehr gekämpft hätten, was in Wirklichkeit gar nicht der Fall war. Daß eine Gruppe von Verlach Arbeitern in der Nacht vor dem Einrücken der Reichswehr mit Gewehren bewaffnet zum Ort hinaus in Richtung der heranrückenden „weißen Garde“ gezogen sei, wurde von diesem Zeugen zugegeben.

Die Lage der eingefrorenen Schiffe sehr ernst.

II. Koenig, 14. Jan. (Drahtber.) Die Lage der im finnischen Meerbusen eingefrorenen Schiffe wird immer hoffnungsloser. Der Eisbrecher kommt täglich nur etwa 3 Seemeilen vorwärts. Die Dampfer leiden unter Kohlemangel. Infolgedessen ging heute der dritte große russische Eisbrecher auf Veranlassung des deutschen Kommandats in Leningrad zur Hilfeleistung ab.

Das Grubenunglück in Amerika.

65 Leichen geborgen.

II. Newyor, 14. Jan. (Drahtbericht.) Den Rettungsmannschaften gelang es, in das Bergwerk Wilburton in Oklahoma (Nordamerika) einzudringen. 65 Bergleute wurden als Leichen geborgen. Ahr Neger, die sich in einen Seitengang geflüchtet hatten, wurden getötet.

Tages-Anzeiger.

(Wäckerle steht im Interentell.)

Freitag, den 15. Januar 1920.

Landestheater: 8-10 Uhr, 7-10 Uhr. Loosium: Variete-Vorstellung, 8 Uhr. Eintracht: Beethoven-Abend, Alfred Hoeft, 8 Uhr. Kasse Kiedzer: Tanzabend, 8 Uhr. Wiener Hoftheater: Täglich Kabarettvorstellung, 8 Uhr. Hotel Rotes Haus: Täglich Kammerkonzert. Mozart-Kammerorchester: Tanzabend, 8 Uhr. Volkstheater: Bismarck, der König der Deutschen. Atlantic-Kassette: Der Witte-Grausamer; Wenn du eine Braut hast.

goldglitzernden Schleier gehüllt, in den Felspalt geschmiegt, spielt die Frau auf der Harfe — die Melodie des Meeres. Das ist mit dem inneren Ohr dem rhythmischen Donnern der Brandung abgelauscht Musik des Meeres. — Viele schon haben „Venus Anadome“ gemalt; keiner Gestalten, die so aus dem Schaum des Meeres geboren. Eine „Aritonenfamilie“, auf felsigen Lagernd, von den Wogen umbraut; der Tritonen-Papa schwingt auf den Knien den Jüngsten in die Luft, daß er laut aufjubelt, aus dem Gesicht der Brandung geboren. Das Meer! Oder keine Najaden mit Fischschwänzen werden von der Brandung jauchend über die Felsen gewirbelt wie silberglänzende Fische. — So offenbart ihm das Meer, das unendliche, ewig wechselnde Meer seine Wunder und tiefsten Geheimnisse.

Da kommt aus verborgenen Tiefen der Seele herauf, was die Seele erlaucht hat vom — Spiel der Wellen. Und wir stehen da wunderbar und danken dem Genius.

Eine neue Oper von Weismann. Julius Weismann, der mit seinen erfolgreichen Opern „Trampspiel“ und „Rezene und Lena“ zu den meist gespielten Komponisten der Saison zählt, arbeitet an der Vollendung einer neuen Oper „Regina del Lago“. Das Textbuch ist eine Nachbildung der gleichnamigen Novelle von Walter Caldesi, dessen Gedichte ebenfalls durch Weismann vertont wurden.

Seltene Ehreng. Prof. Dr. Gyltas Bazarek, dem Direktor des Landesgewerbmuseums in Stuttgart, ist anlässlich seines 60. Geburtstages eine seltene Auszeichnung zuteil geworden. Die Weiskner Porzellanmanufaktur hat durch ihren ersten Künstler E. P. Börner eine Porzellan-Palette in totem Vögelerszenen herstellen lassen, die auf der einen Seite den Porträtpf, auf der anderen eine sinnige Allegorie aufweist. Diese Ehreng, die Weiskner nur in ganz seltenen Fällen durchgeführt hat, ist eine Anerkennung der Verdienste, die sich Prof. Bazarek in zahlreichen Aufsätzen und Werken um die Keramik und ihre Geschichte erworben hat. K. W. Gedankenspiegel für Schöfel in Berlin. Dem Berliner Magistrat wird ein Antrag unterbreitet werden, die Anbringung einer Gedankenspiegel für Joseph Viktor von Schöfel am Haus Friedrichstraße 138a zu genehmigen. Dort hat Schöfel längere Zeit gewohnt. Die Tafel soll anlässlich des 100. Geburtstages des Dichters an der Front des Hauses befestigt werden.

Badisches Landestheater. Mit der Neuenstudierung des dramatischen Gedächtnis „Wallenstein“ von Friedrich Schiller, dessen erste beiden Teile: „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ am Samstag, den 16. Januar, zum erstmalig wieder in Szene gehen, ist eine durchgreifende Neubesetzung der Hauptrollen verbunden. Außer Felix Baumach in der Titelrolle sind noch die Damen Ermarth und Frauenbrecher und die Herren Gemmecke, Herr Häder, Kierscher, Müller und von der Trend im früheren Weiskner ihrer Rollen geblieben, während neu in ihren Aufgaben die Damen Albrecht und Scheimpf und die Herren Brand, Dahlen, Koenig, Krugeln, Vied, Nisch, Priller, Max Schneider, Dr. Storz, Weber und — als Kapuziner — von der Trend sind. Die Bühnenbilder richtete Emil Burtard her; Margarete Schellenberg leitete die kostümliche Ausstattung.

